

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Flüchtlingskrise ist die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Die Aufnahme von voraussichtlich mehr als einer Million Menschen allein in diesem Jahr erfordert einen nationalen Kraftakt. Bund und Europa müssen daher schnellstmöglich tragfähige Lösungen finden. Das Asylpaket der Bundesregierung war ein erster wichtiger Schritt.



In der aktuellen Situation mit völlig überfüllten Aufnahmeeinrichtungen und Kommunen an ihrer Belastungsgrenze sind jedoch vor allem die Länder gefordert. Die Enthaltung Niedersachsens im Bundesrat zeigt deutlich, dass sich die rot-grüne Landesregierung dieser Verantwortung entzieht.

Niedersachsen wird in diesem Jahr voraussichtlich über 100.000 Flüchtlinge aufnehmen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, muss die rot-grüne Landesregierung ihre Handlungsmöglichkeiten endlich wahrnehmen. Dabei geht es nicht nur um die Aufnahme und die humane Unterbringung der Flüchtlinge, sondern langfristig um die Integration derjenigen, die dauerhaft in Niedersachsen bleiben sollen. Gleichzeitig darf unser Asylsystem nicht weiter überlastet werden. Das Asylrecht ist das falsche Instrument für eine gesteuerte, qualifizierte Zuwanderung.

Gerade weil momentan so viele Verfolgte und Vertriebene zu uns kommen, die unsere Hilfe brauchen, müssen wir dafür sorgen, dass unser Asylsystem diesen Menschen auch tatsächlich zugute kommt. Zu einer verantwortungsvollen Asylpolitik gehört deshalb die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns gekommen sind. Wenn wir eine erfolgreiche Integration gewährleisten wollen, müssen wir aber auch zu deutlich reduzierten Zugangszahlen kommen. Um wieder zu geordneten Strukturen zu gelangen, müssen die Registrierung und Antragsstellung wieder unverzüglich bei der Einreise erfolgen. Die Einigung der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD auf die Einführung von Registrierungscentren und die Flüchtlingskarte sind Schritte in die richtige Richtung.

Björn Thümler, Fraktionsvorsitzender

Stand: 30. November 2015

Dieser Flyer wird ständig überarbeitet. Die aktuelle Fassung können Sie jederzeit auf unserer Internetseite abrufen:

[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/themen/fluechtlingskrise-in-niedersachsen/](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/themen/fluechtlingskrise-in-niedersachsen/)



CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

Tel.: 0511 – 3030 4103 (Fraktionssekretariat)  
Fax: 0511 – 30 61 92  
Mail: [info@cdu-fraktion-niedersachsen.de](mailto:info@cdu-fraktion-niedersachsen.de)

[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds](https://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds)



**Asylpolitik:  
Das muss in  
Niedersachsen  
passieren!**

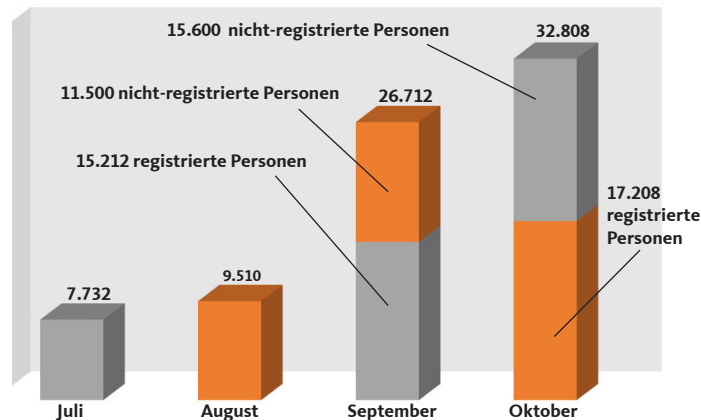
**Forderungen der  
CDU-Landtagsfraktion**

# Forderungen an die rot-grüne Landesregierung:

## Aufnahme und Unterbringung gewährleisten

- Um die dramatische Flüchtlingssituation zu bewältigen, muss die Landesregierung einen **ressortübergreifenden Stab** einsetzen, der die notwendigen Maßnahmen in den einzelnen Bereichen koordiniert.
- Damit die **menschenwürdige Unterbringung** aller in Niedersachsen aufgenommenen Flüchtlinge gewährleistet werden kann, müssen ausreichend Kapazitäten in Aufnahmeeinrichtungen des Landes geschaffen werden. Die Unterbringung in Zelten während der Winterzeit ist nicht akzeptabel.
- Die Sicherheitslage in den Unterkünften muss umgehend verbessert werden. Die Menschen erwarten vom Staat zu Recht, dass er **Sicherheit und Schutz der Menschen innerhalb und außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen garantiert**. Insbesondere Frauen und Kinder müssen vor Übergriffen geschützt werden. Kriminalität - egal von wem sie ausgeht - muss konsequent verfolgt werden.
- Auch das Land kann einen Teil zur dringend notwendigen **Beschleunigung der Asylverfahren** beitragen – dazu gehört die Abordnung von Personal aus anderen Landesbehörden in die Erstaufnahmeeinrichtungen,

## Anzahl der Asylsuchenden, die in den Monaten Juli bis Oktober 2015 nach Niedersachsen gekommen sind:



Quelle: Niedersächsisches Innenministerium

CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

um die sofortige Registrierung durch das Land sicherzustellen. Um einen Überblick zu bekommen, wer sich in Niedersachsen aufhält, muss das Land die umgehende Registrierung der Asylsuchenden per Fingerabdruck gewährleisten.

- Um zu verhindern, dass weitere Personen mit ansteckenden Krankheiten auf die Kommunen verteilt werden, müssen im Zuge des Registrierungsverfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes bei allen ankommenden Asylbewerbern **Gesundheitsuntersuchungen** durchgeführt werden.
- Die **Kommunen** tragen im Hinblick auf Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge die Hauptlast – sie müssen bei dieser Aufgabe in finanzieller Hinsicht dauerhaft und in ausreichendem Umfang vom Land unterstützt werden. Die Aufgabe der Erstaufnahme darf das Land nicht auf die Kommunen abwälzen.

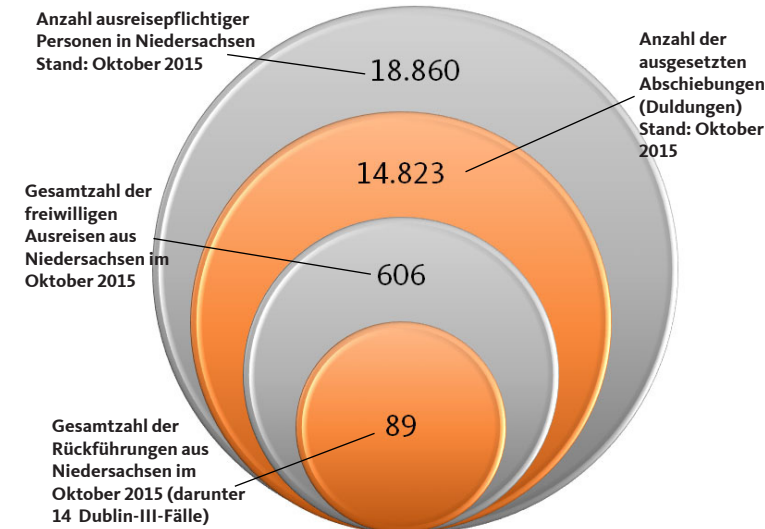
## Integration ermöglichen

- Um die **Integration voranzutreiben**, muss die Landesregierung darauf hinwirken, dass alle Asylbewerber, die Integrationskurse besuchen dürfen, dieses Angebot auch wahrnehmen.
- Sprache ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration - deshalb müssen für Flüchtlingskinder an niedersächsischen Schulen konsequent **Sprachlernklassen** eingerichtet und dafür in ausreichendem Maße zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden.
- Auf die spürbare Zunahme der Kriminalität in und um die Aufnahmeeinrichtungen muss entschieden reagiert werden. Dafür braucht es **schnelle und konsequente Ermittlungs- und Strafverfahren** mit spürbaren Auswirkungen auf laufende Asylverfahren.
- Das **Wohnraumförderprogramm** des Landes muss umgehend um ein Darlehensprogramm für den Erwerb, den Bau und die Modernisierung von Wohnraum für bleibeberechtigte Flüchtlinge ergänzt werden.
- Damit Asylberechtigte in Niedersachsen so schnell wie möglich ein unabhängiges Leben führen können, muss die **Qualifizierung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt** frühest möglich beginnen.

CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

## Asylsystem gezielt entlasten

- Um die Einwanderung nach Niedersachsen künftig sinnvoll steuern und begrenzen zu können, brauchen wir ein nachvollziehbares **Einwanderungsgesetz**. Das Gesetz muss die Erfordernisse des Arbeitsmarktes sowie die Qualifikationen des Bewerbers in den Mittelpunkt stellen und die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft berücksichtigen.
- Alle Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive müssen für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens in den Landeseinrichtungen untergebracht werden und dürfen **nicht auf die Kommunen verteilt** werden.
- Die Grünen müssen endlich die **Realität der Flüchtlingskrise anerkennen** und konstruktiv an den weiteren notwendigen Maßnahmen mitwirken.
- Im Oktober 2015 hielten sich in Niedersachsen insgesamt 18.860 ausreisepflichtige Personen auf - die Zahl der Rückführungen belief sich auf gerade einmal 89. Angesichts der dramatisch gestiegenen Asylbewerberzahlen können wir uns eine so geringe Abschiebequote nicht länger leisten. Das Land muss seiner Verpflichtung zur **konsequenten Rückführung abgelehnter Asylbewerber** endlich nachkommen, um dringend benötigte Unterbringungskapazitäten zu schaffen.



Quelle: Niedersächsisches Innenministerium

CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag